

AUSZUG AUS DER FESTREDE

Zukunft der sozialen Demokratie

Liessmann: ein Plädoyer für die Rückkehr der Politik in die Politik.

Die moderne Demokratie gründet auf zwei Voraussetzungen: dem Territorialstaat und der Nation, also dem Staatsvolk, gedacht als Einheit freier Bürger. Beides droht zu verschwinden. Nicht nur die politische Internationalisierung wie im Fall der EU, vor allem die ökonomische und telekommunikative Mobilität, die auch eine Mobilität von Kapital und Menschen ist, bringt das Staatskonzept des 19. Jahrhunderts ins Wanken. Urheberrechtsprobleme im Internet, Steuerrechtsprobleme bei internationalen Produktionsprozessen, der nahezu staatenlose Charakter des mobilen Finanzkapitals und ein zunehmender Migrationsdruck als Resultat eines globalen ökonomischen, sozialen und ökologischen Gefälles sind nur die Zeichen eines allmählichen Verschwindens des Staates in seiner vertrauten Gestalt: als einer Gemeinschaft in Grenzen, die aus diesen Grenzen ihre Souveränität als politisches Subjekt bezog.

Die Krise der großen Institutionen, die Krise des Beamtenwesens ist auch eine Krise jener bürokratischen Herrschaft, die nach Max Weber am ehesten die rationale Ordnung der Macht hätte garantieren sollen. Der britische Politologe Colin Crouch hat in seinem Buch „Postdemokratie“ die These vertreten, dass sich hinter der sukzessiven Delegitimierung von Staatsbürokratien nicht nur eine tendenzielle Privatisierung einst öffentlicher Güter, die nun den



Festredner Liessmann HOLZNER

ZUR PERSON

Konrad Paul Liessmann, geb. am 13. April 1953 in Villach, Essayist, Literaturkritiker. Lehrt Philosophie und Ethik an der Uni Wien.

Marktmechanismen überantwortet werden, sondern auch die Wurzel der aktuell überall zu beobachtenden Korruptierbarkeit der politischen Eliten verbirgt: „Sobald die Vorstellung davon, was den öffentlichen Dienst auszeichnet, der Lächerlichkeit und dem Zynismus preisgegeben und das persönliche Profitstreben zum höchsten Ziel des Menschen stilisiert worden ist, muss man damit rechnen, dass Politiker, Berater und andere es für einen wichtigen Aspekt ihrer Beteiligung am politischen Leben halten, Einfluss gewinnbringend zu verkaufen.“

Mit der allgemeinen Mobilität geht allerdings ein radikaler Wandel der politischen Öffentlichkeit überhaupt einher. Diese war bisher von einer Parteienlandschaft geprägt, die ihre Grundstruktur aus dem 19. Jahrhundert bezog und an die Trennung der Gesellschaft in deutlich abgrenzbare soziale Klassen

und Schichten anknüpfte. Doch Struktur und Selbstverständnis traditioneller Parteien haben sich seit Mitte des 20. Jahrhunderts grundlegend gewandelt: Aus Parteien, die in einem sozialen und kulturellen Milieu verankert waren und dieses Milieu weitgehend gestaltet haben, sind Interessenvertretungen, Wahlvereine geworden, die in Gremien, vom Gemeinderat über die nationalen Parlamente bis hin zum Europaparlament ihre „Lobbyarbeit“ verrichten.

Dieser Strukturwandel traf vor allem die SPÖ. Im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft sollte sie so etwas wie ein Gegenmodell werden: ein dichtes Netz von Vorfeldorganisationen, sozialen und wirtschaftlichen Institutionen, kulturellen und bildenden Einrichtungen, hygienischen und medizinischen Beratungs- und Versorgungsstellen, Freizeitangeboten und Kommunikationsplattformen, eigenen Medien: All das sollte Lebensform und Lebensgefühl ermöglichen, das dem Einzelnen nicht nur erlaubte, sich in einem sozialen und kulturellen Biotop zu verankern, sondern in diesem auch Lebens- und Karriereverläufe zu planen, zu verfolgen. Man könnte glauben, dies genüge. Heute wäre ein Konzept von Solidarität zu reaktivieren, dem es nicht nur um die Etablierung von Chancengerechtigkeit geht, sondern auch um Angebote für diejenigen, die gerade weil es Chancengerechtigkeit geben mag, zu den Verlierern zählen.

Wie geht es Ihnen mit der SPÖ, sind Sie glücklich mit ihr?

NIKOLAUS KOWALL: Die SPÖ ist ja viel mehr, als medial wahrgenommen wird. Mit der gesamten Breite der österreichischen Sozialdemokratie bin ich nicht so unglücklich.

Was heißt, sie sei viel mehr?

KOWALL: Das sind 200.000 Mitglieder, davon sind wahrscheinlich zehn Prozent aktiv, das sind schon einmal 20.000 Menschen. Dann gibt es 3000 Ortsorganisationen wie unsere, die Sektion 8. Dazu kommen viele Gewerkschafter und Leute, die in den Kammern tätig sind. Da sind sehr viele positive Kräfte am Werken.

Wie stehen Sie und Ihre Gruppe zur SPÖ-Parteispitze und deren Führungsqualität?

KOWALL: Es ist kein Geheimnis, dass wir, je näher man zur Spitze kommt, desto unzufriedener sind.

Sie kritisieren häufig. Grüßt Sie eigentlich Parteichef Werner Faymann noch?

KOWALL: Wir haben uns noch nie gesehen. Es gibt keine Kommunikation. Ich habe auch mit dem Landesparteisekretär der Wiener SPÖ noch nie gesprochen.

Aber Sie haben doch am Landesparteitag der SPÖ Wien durchgesetzt, das kleine Glücksspiel zu verbieten.

KOWALL: Ja, schon, aber da haben wir die Delegierten angesprochen, nicht die Parteispitze. Ich suche gar keine Kommunikation, ich wüsste auch nicht, was ich denen sagen soll.

Aha ... Na dann: Welche sind denn die größten Defizite der heutigen SPÖ?

KOWALL: Das größte Defizit ist die Identitätskrise jener Men-

INTERVIEW

„Die SPÖ hat Megatrends verschlafen“

Der Mitbegründer der SPÖ-kritischen Wiener Sektion 8, Niki Kowall, über rote Defizite und seine Vorstellungen, die zur Verwaltungspartei abgestiegene SPÖ von ganz unten zu erneuern.

schon, die man früher Parteikader genannt hat und die den ideologischen Kern gebildet haben. Diese Krise hat sich vor zwanzig, dreißig Jahren aus soziologischen, ökonomischen, sozialen Gründen eingeschlichen. Auch die Individualisierung der Gesellschaft und die Entproletarisierung, der Drang nach Partizipation und die Umweltorientierung – lauter Sachen, die die Arbeiterbewegung nicht absorbieren konnte – haben dazu beigetragen.

Wie äußert sich diese Krise?

KOWALL: Sie ist deshalb das größte Problem, weil in letzter Konsequenz unklar ist, wie die Welt ausschauen soll, die wir wollen. Das war früher klar. Die Konservativen haben übrigens auch keine Vorstellung mehr. Wir haben in den wesentlichen Fragen wie dem von Deutschland durchgesetzten Sparzwang keine Alternative zu bie-

ten. Es fehlt ein konziser Gegenentwurf zur Politik von Frau Merkel. Es gibt nur ein paar Emotionen, keine intellektuelle Schärfe mehr, intern wird noch geredet, aber nach außen traut sich keiner mehr etwas zu sagen, weil es „könnte ja dem Standort schaden“. Oder es könnten sich irgendwelche Gruppen in den Medien oder in der Wissenschaft auf den Zeh getreten fühlen. Das wird vermieden.

Wird die SPÖ heute überhaupt noch gebraucht?

KOWALL: Sie ist heute noch nötig, weil sie ein Defensivbollwerk für den Wohlfahrtsstaat ist.

Warum sollten junge Menschen diese Partei wählen?

KOWALL: Für junge Familien ist das, was die SPÖ derzeit macht, gar nicht so unattraktiv. Ich denke an den Ausbau der Kinderbetreuung und an diese Mittelschulen, mit denen man versucht, die Qualität der Ausbildung in der



Kowall: „Keine Kommunikation“ CHRISTIAN MÜLLER

ZUR PERSON

Nikolaus Kowall, geb. am 1. 9. 1982 in Wien, aufgewachsen in Hainfeld (NÖ).

Karriere: Gymnasium Lilienfeld, 2000 SPÖ-Landesschulsprecher, Bundesvorsitzender der Aktion kritischer Schüler, bis 2008 Studium Volkswirtschaftslehre, Zivildienst, unter anderem Lehrbeauftragter an der WU Wien.

Sekundarstufe eins zu erhöhen. Das ist alles nicht nix. Die SPÖ verwaltet ganz gut. Sie hat halt ein paar Megatrends verschlafen.

Aber das wird sich ja mit dem neuen Parteiprogramm, an dem Josef Cap und Karl Blecha arbeiten, gründlich ändern, oder?

KOWALL: Also das Parteiprogramm (lacht). Schauen Sie, ich habe ganz andere Zeithorizonte, als die meisten glauben. Wir haben mit der Sektion 8 vor sieben Jahren begonnen und haben viel erreicht. Etwa, dass sich zuletzt im Rahmen der Urabstimmungskampagne 120 Ortsgruppen öffentlich gegen die Parteilinie gestemmt haben. Mich interessiert, was in den nächsten zehn, fünfzehn Jahren passieren wird.

Und wie wollen Sie das beeinflussen, dabei mitgestalten?

KOWALL: Die einzige Möglichkeit ist die Erneuerung von unten. Für Veränderungen steht der SPÖ die Machtlogik im Weg. Die Partei ist

völlig in Institutionen eingefräst und versucht sich dort zu halten. Sie hat das Zivilgesellschaftliche, Außerparlamentarische völlig vernachlässigt. Wir, die Sektion 8, bezeichnen uns auch deshalb als sozialdemokratische NGO, weil wir darauf hinweisen wollen, dass es auch eine zivilgesellschaftliche SPÖ gibt. Ich fahre zu jeder Ortsgruppe, die mich einlädt. Egal, ob in Salzburg, Gänserndorf oder Gmunden. Ich war in den letzten zwei Jahren bei etwa 30 solchen Terminen. Dort wird ganz grundsätzlich diskutiert, da verlässt drei Stunden kein Mensch den Raum.

Warum gründen Sie nicht selbst eine neue, linke Partei?

KOWALL: Weil wir Sozialdemokraten sind. Als neue bringen wir fünf, sechs Prozent zusammen. Dann sitzen wir zu fünf im Parlament. Uninteressant. Wir wollen ja die Gesellschaft verändern.

INTERVIEW: W. SIMONITSCH

SOZIALDEMOKRATIE – EIN RÜCKBLICK

1934 Bürgerkrieg.

Im Februar 1934 ließ die Regierung Dollfuß die Sozialdemokratie verbieten. Diese ging in den Untergrund. In Wien wurde der Karl-Marx-Hof vom Bundesheer beschossen, zahlreiche Sozialdemokraten wurden hingerichtet.



1945 Neustart.

Auch am Beginn der Zweiten Republik spielte der Sozialdemokrat Karl Renner eine wichtige Rolle. Am 27. April proklamierte er die Wiederstellung der unabhängigen Republik Österreich.



1970 Kanzler Kreisky.

1970 errang die SPÖ unter Bruno Kreisky die relative, 1971 sogar die absolute Mehrheit, die sie noch zweimal erreichen sollte. 1979 schaffte die SPÖ mit 51,03 Prozent das beste Ergebnis aller Zeiten.



1991 Umbenennung.

1991 wurde die traditionsbewusste Partei unter dem SPÖ-Chef und Bundeskanzler Franz Vranitzky von „Sozialistische Partei Österreichs“ in „Sozialdemokratische Partei Österreichs“ umbenannt.



SPÖ-ERGEBNISSE BEI NATIONALRATSWAHLEN SEIT 1970

